

# Wirtschaft an der Grenze

Ostbrandenburger Unternehmen missbilligen  
überwiegend die Ausgestaltung der Sanktionen





## 1. Zusammenfassung/Abstract

Infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine beschloss die EU umfangreiche Sanktionen gegenüber Russland. In einer repräsentativen Umfrage hat die IHK Ostbrandenburg untersucht, wie stark ihre Mitgliedsunternehmen von diesen Sanktionen betroffen sind und wie sie diese inhaltlich bewerten. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen zum einen, dass die gewerbliche Wirtschaft in Ostbrandenburg stark von den Sanktionen betroffen ist. Zum anderen verdeutlichen sie, dass sich die Unternehmen für eine Lockerung der Sanktionen und eine Beibehaltung russischer Öllieferungen aussprechen. Darüber hinaus plädieren die Betriebe für eine Laufzeitverlängerung der verbliebenen deutschen Atom- und Kohlekraftwerke sowie einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien.

Due to the Russian attack on Ukraine the EU has adopted comprehensive sanctions against Russia. In a representative survey the chamber of commerce in East Brandenburg (IHK Ostbrandenburg) has studied, how strong its member companies are affected by these sanctions and how they assess them. On the one hand the results of the survey show, that the economy in East Brandenburg is strongly affected by the sanctions. On the other hand they point out, that the companies are in favor of a relaxation of the sanctions and a continuation of Russian oil deliveries. Additionally the firms argue for a lifetime extension of the remaining nuclear and coal energy plants in Germany as well as a massive expansion of the renewable energies.



## 2. Inhaltsverzeichnis

1. Zusammenfassung/Abstract	3
2. Inhaltsverzeichnis	4
3. Vorwort	5
4. Methodik	6
5. Ergebnisse	7
6. Zitate aus der Wirtschaft	14
7. Forderungen an die Politik	18

### 3. Vorwort

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat unmittelbare Veränderungen nach sich gezogen, die weltweit zu spüren sind. Insbesondere die hohen und weiterhin stark steigenden Preise für Energie und Rohstoffe, die teils empfindlichen Störungen der Lieferketten durch Produktionsausfälle im Kriegsgebiet sowie starke Beeinträchtigungen im internationalen Zahlungsverkehr treffen die Unternehmen in Ostbrandenburg hart. Kriegerische Handlungen aller Art werden von den Betrieben abgelehnt und können politische Konflikte nicht lösen. Aus Sicht der Wirtschaft ist diplomatischen Bemühungen (wie Friedensgesprächen) daher der Vorrang einzuräumen.

Die EU hat im Rahmen ihrer Wirtschaftssanktionen eine Reihe von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen gegen Russland verhängt. Dies bedeutet, dass europäische Unternehmen bestimmte Erzeugnisse nicht nach Russland exportieren dürfen (Ausfuhrbeschränkungen) und dass russische Unternehmen bestimmte Erzeugnisse nicht in die EU verkaufen können (Einfuhrbeschränkungen). Deutschland geht dabei noch über die europäischen Sanktionen hinaus und will auch auf russisches Öl aus Pipelines verzichten (Öl-Embargo gegenüber Russland). Russland hat wiederum mit Gegenmaßnahmen auf europäische und deutsche Sanktionen geantwortet. All das führt zu einer weiteren Verknappung und Verteuerung von Öl und Gas.

Daher wird in einigen Bundesländern zunehmend Kritik an den Sanktionen geübt und ein Einfrieren

des Konflikts sowie das Festhalten an russischen Öllieferungen gefordert. Ein besonders prominentes Beispiel stellt die PCK Raffinerie GmbH dar, welche im IHK-Bezirk Ostbrandenburg liegt. Sie wurde bislang über die Druschba-Pipeline zu 100 Prozent mit russischem Öl versorgt. Die PCK Raffinerie GmbH beliefert einen großen Teil Ostdeutschlands, Berlin und Polen. Ein Öl-Embargo hat für dieses und andere Unternehmen des IHK-Bezirks weitreichende Konsequenzen und bedroht die Versorgungssicherheit von ganz Ostdeutschland.

Aufgrund der hohen Risiken der Wirtschaft ist die Kritik der hiesigen Unternehmen an der Sanktionspolitik Deutschlands unüberhörbar. Daher hat die IHK Ostbrandenburg eine Umfrage gestartet, um das aktuelle Meinungsbild fundiert zu ermitteln. Über tausend Unternehmen haben sich an dieser Umfrage beteiligt, verbunden mit der Hoffnung, bei den Verantwortlichen in Landes- und Bundespolitik Gehör zu finden. Die hohe Betroffenheit der Unternehmen zeigt sich auch daran, dass mehr als die Hälfte der Befragten die Umfrage zusätzlich mit eigenen Kommentaren und Hinweisen versehen hat.



Carsten Christ  
Präsident der IHK Ostbrandenburg

## 4. Methodik

Die hier dargestellten Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen Befragung der IHK Ostbrandenburg von Ende Juli bis Anfang August 2022. Die verwendete Stichprobe aus knapp 4.000 Mitgliedsunternehmen berücksichtigt daher die Struktur Ostbrandenburgs im Hinblick auf seine Branchen, Regionen und Unternehmensgrößen. Mit rund 1.100 Antworten liegt die Rücklaufquote bei 27,5 Prozent.

Entsprechend der Ostbrandenburger Wirtschaftsstruktur stammen fast 700 Antworten aus den Dienstleistungen (Logistik: 3 Prozent, Gastgewerbe: 5 Prozent, sonstige Dienstleistungen: 56 Prozent). Auf den Handel und das Baugewerbe entfallen 19 Prozent bzw. 11 Prozent. Aus der Industrie kommen 6 Prozent der Antworten.

Mit Blick auf die Beschäftigtenzahl haben sich vor allem Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten an der Umfrage beteiligt (79 Prozent der Antworten). Deutlich weniger Rückläufer waren bei Betrieben zwischen 10 und 50 Beschäftigten zu verzeichnen (15 Prozent). Am seltensten haben Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten an der Befragung teilgenommen (6 Prozent).

Die hohe Umfragebeteiligung hat die große Bedeutung der behandelten Themen für die regionale Wirtschaft verdeutlicht. Die IHK Ostbrandenburg bedankt sich an dieser Stelle noch einmal herzlich bei allen Unternehmen, die ihre Einschätzungen abgegeben haben. Dadurch wurde eine detaillierte Auswertung der Ergebnisse überhaupt erst möglich.

## 5. Ergebnisse

### SANKTIONEN GEGENÜBER RUSSLAND: GEWERBLICHE WIRTSCHAFT STARK BETROFFEN

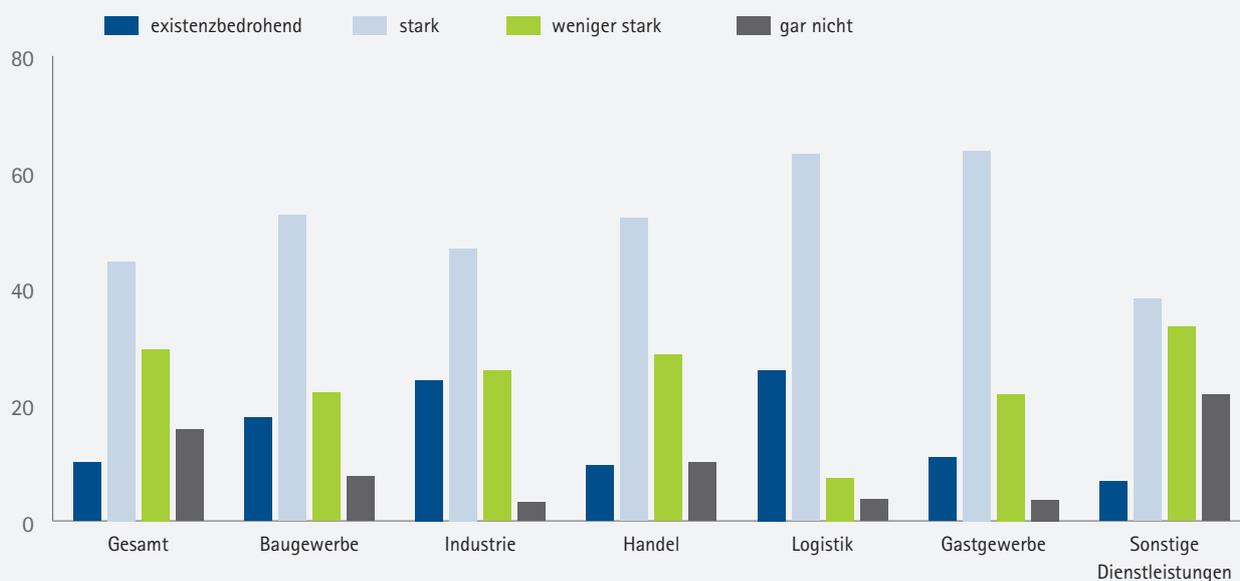
Die Sanktionen der EU gegenüber Russland bringen erhebliche Auswirkungen für die gewerbliche Wirtschaft in Ostbrandenburg mit sich. Mehr als die Hälfte der Unternehmen gibt an, stark oder in existenzbedrohendem Maße von ihnen betroffen zu sein. Dies beruht zum einen auf den Einschränkungen beim Zahlungsverkehr und im Verkehrssektor sowie dem Importverbot bestimmter Waren. Zum anderen resultiert die starke Betroffenheit aus indirekten Effekten wie gestiegenen Einkaufs- und Energiepreisen sowie gestörten Lieferketten.

Würde der in Ostbrandenburg große Bereich der sonstigen Dienstleistungen unberücksichtigt bleiben, würde das Gesamtergebnis sogar noch deutlicher ausfallen. In der Logistik, im Baugewerbe, der Industrie und im Gastgewerbe berichten jeweils mehr als 70 Prozent von einer starken oder existenzbedrohenden Betroffenheit. Die Ergebnisse der besonders

betroffenen Logistik sind allerdings leicht zu relativieren. Da die Umfragebeteiligung in dieser Branche eher gering war, sind deren Ergebnisse mit einer höheren statistischen Unsicherheit verbunden.

Bei den Unternehmensgrößen zeigt sich die stärkste Betroffenheit bei den Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten. Dort sprechen über 85 Prozent von starken oder existenzbedrohenden Auswirkungen der Sanktionen. Die Ergebnisse bei den Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten fallen dagegen etwas schwächer aus. Allerdings äußert auch hier noch rund die Hälfte der Betriebe, stark oder existenzbedrohend betroffen zu sein. Hintergrund dieser Abweichungen ist insbesondere die unterschiedlich ausgeprägte außenwirtschaftliche Verflechtung. Da die größeren Unternehmen häufiger außenwirtschaftlich tätig sind, spüren sie die Auswirkungen der Sanktion besonders deutlich.

1) Wie stark ist Ihr Unternehmen direkt und indirekt (bspw. über gestiegene Einkaufs- und Energiepreise sowie gestörte Lieferketten) von den Wirtschaftssanktionen der EU gegenüber Russland betroffen?\*



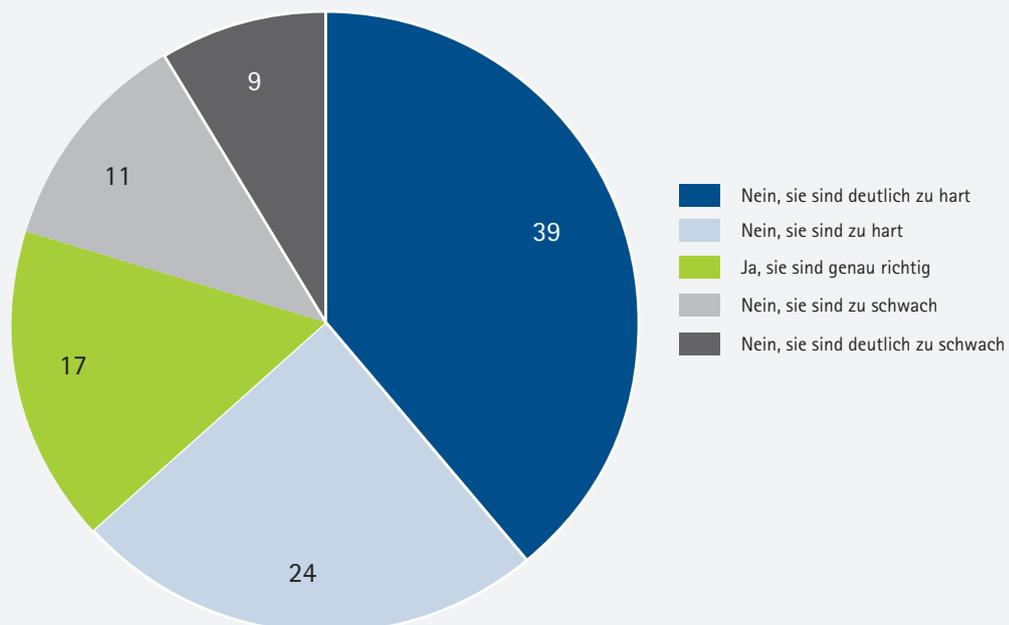
\*alle Angaben in Prozent

## DEUTLICHE KRITIK AN DER GESTALTUNG DER SANKTIONEN

Die große Mehrheit der gewerblichen Wirtschaft in Ostbrandenburg missbilligt die aktuelle Ausgestaltung der Sanktionen. Fast zwei Drittel der Unternehmen halten sie für zu hart oder deutlich zu hart. Diejenigen, die die Sanktionen als deutlich zu hart bewerteten, bildeten mit knapp 40 Prozent sogar die größte Gruppe bei dieser Fragestellung. Die Betriebe, die sich für eine Verschärfung der Sanktionen aussprechen, sind mit weniger als einem Viertel in der Minderheit.

Zwischen den Branchen und Unternehmensgrößen bestehen bei der Einschätzung der Sanktionen keine nennenswerten Unterschiede. Ein klarer Zusammenhang zeigt sich allerdings mit Blick auf die Betroffenheit. So schätzen mehr als drei Viertel der stark und existenzbedrohend betroffenen Unternehmen die Sanktionen als zu hart oder deutlich zu hart ein. Von den weniger stark und gar nicht betroffenen Betrieben sagt dies weniger als die Hälfte.

2) Halten Sie die aktuellen Wirtschaftssanktionen der EU gegenüber Russland für angemessen?\*



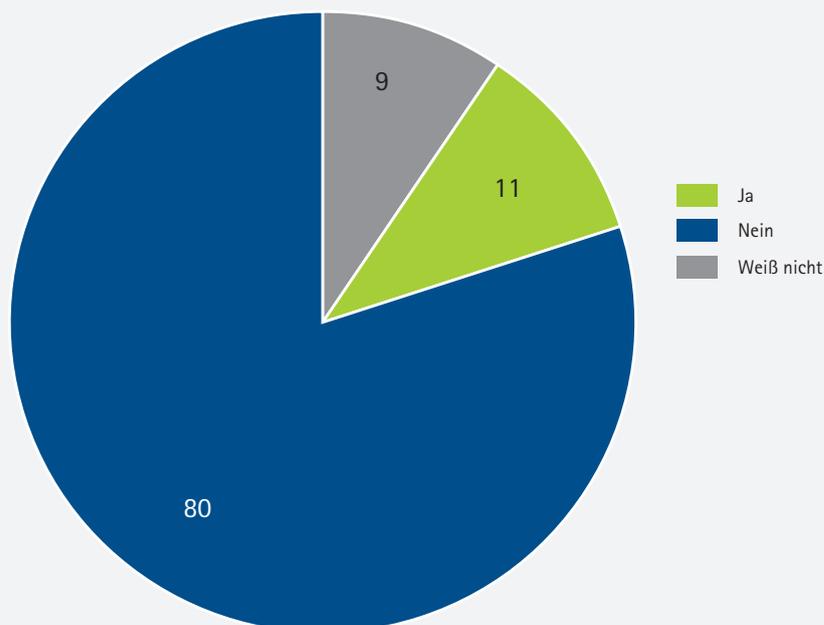
\*alle Angaben in Prozent

## UNTERNEHMEN BEZWEIFELN NUTZEN DER SANKTIONEN

Mit den Sanktionen strebt die EU unter anderem an, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Vier von fünf Unternehmen in Ostbrandenburg betrachten die Sanktionen jedoch als ungeeignet, um dieses Ziel zu erreichen. Diese Bewertung führt zu einer kritischen bzw. ablehnenden Einschätzung der Sanktionen. Denn die gewerbliche Wirtschaft ist zwar unmittelbar von den vielfältigen Auswirkungen der Sanktionen betroffen. Gleichzeitig fehlt ihr aber ein erfolgversprechender Legitimationsgrund für die Sanktionen. Dadurch fällt es vielen Unternehmen schwer, die derzeitige Ausgestaltung der Sanktionen mitzutragen.

Dieses Meinungsbild zieht sich durch alle Branchen und Unternehmensgrößen. Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen sind lediglich im Bereich weniger Prozentpunkte festzustellen. Nennenswerte Abweichungen ergeben sich allerdings in Bezug zur Betroffenheit. Bei den weniger stark und gar nicht betroffenen Unternehmen halten etwas weniger als drei Viertel die Sanktionen für ungeeignet. Bei den stark und existenzbedrohend betroffenen Betrieben sagen dies rund 86 Prozent.

3) Halten Sie die aktuellen Wirtschaftssanktionen der EU gegenüber Russland für geeignet, um den Krieg in der Ukraine zu beenden?\*



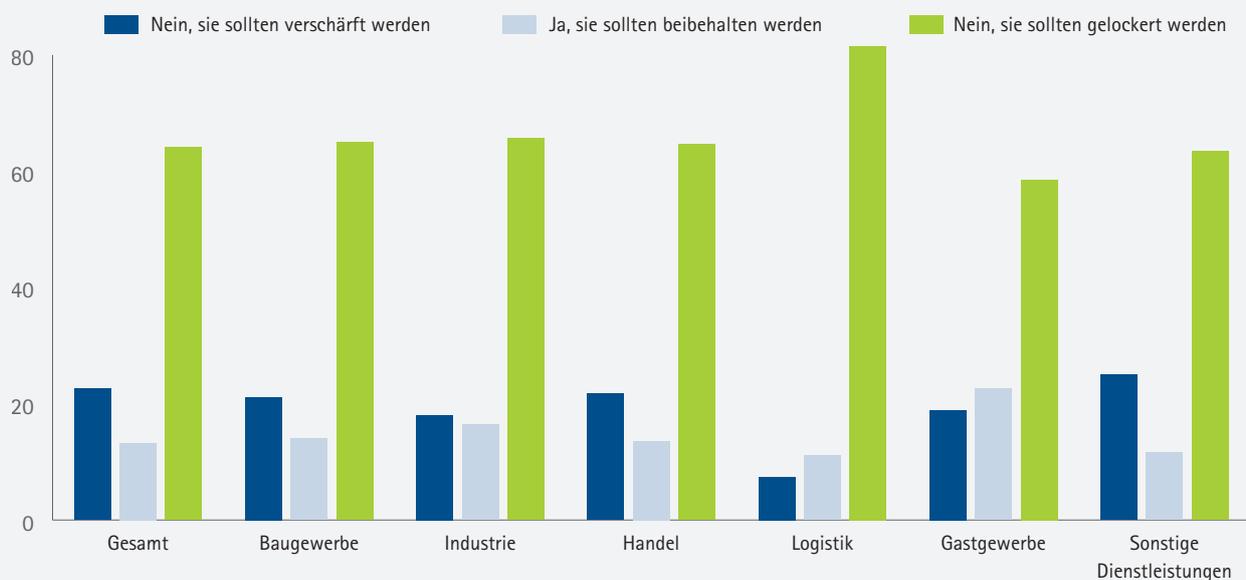
\*alle Angaben in Prozent

## GEWERBLICHE WIRTSCHAFT FORDERT LOCKERUNG DER SANKTIONEN

Angesichts der weitverbreiteten Unzufriedenheit plädiert die gewerbliche Wirtschaft in Ostbrandenburg mehrheitlich für eine Lockerung der Sanktionen. Knapp zwei Drittel der Unternehmen sprechen sich für ein solches Vorgehen aus. Einige Umfrageteilnehmer betonen in ihren Antworten ausdrücklich die Bedeutung diplomatischer Lösungen und die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen. Eine Verschärfung der Sanktionen verlangt dagegen nur etwas weniger als ein Viertel der Betriebe.

Bei einer Unterscheidung nach Branchen bleibt die Tendenz der Ergebnisse grundsätzlich erhalten. Für das Gastgewerbe und die Logistik zeigen sich aber einige interessante Unterschiede. Im Gegensatz zu den anderen Branchen sprechen sich im Gastgewerbe etwas mehr Unternehmen dafür aus, die Sanktionen in der aktuellen Form beizubehalten. Gleichzeitig liegt der Anteil der Logistiker, der eine Lockerung fordert, mit mehr als 80 Prozent deutlich über dem Durchschnitt. Hierbei ist allerdings auf die höhere statistische Unsicherheit in der Logistik infolge der geringeren Umfragebeteiligung hinzuweisen.

### 4) Sollten die aktuellen Wirtschaftssanktionen der EU gegenüber Russland Ihrer Ansicht nach angepasst werden?\*



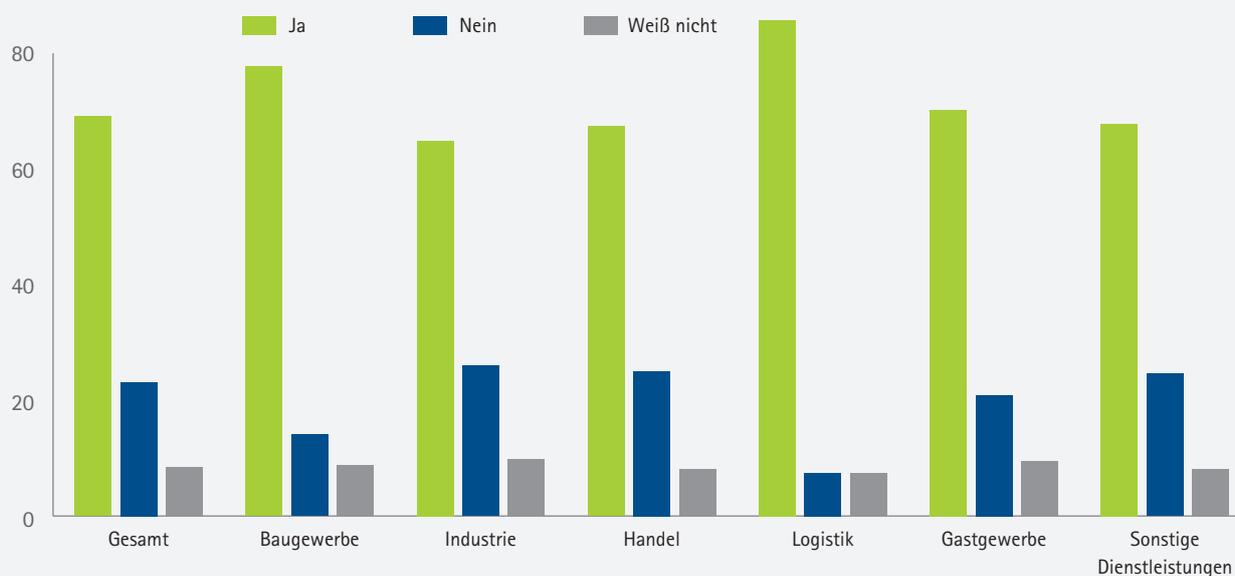
\*alle Angaben in Prozent

## UNTERNEHMEN PLÄDIEREN FÜR ÖLLIEFERUNGEN AUS RUSSLAND

Die EU hat vor einigen Monaten beschlossen, den Import von Erdöl aus Russland zu verbieten. Der Ölimport über Fernleitungen wie die Druschba-Pipeline bleibt allerdings weiterhin möglich. Trotz der hohen regionalen Bedeutung der Raffinerie in Schwedt/Oder hat sich die deutsche Bundesregierung gegen diese Ausnahme entschieden. Die große Mehrheit der gewerblichen Wirtschaft in Ostbrandenburg hält diese Entscheidung für falsch. Mehr als zwei Drittel der Unternehmen plädiert für eine Beibehaltung der Öllieferungen. Weniger als ein Viertel der Betriebe unterstützt die aktuelle Position der Bundesregierung.

Diese kritische Sicht wird in allen Branchen und Unternehmensgrößen vertreten. In jeder betrachteten Gruppe liegt der Anteil, der sich für russische Öllieferungen ausspricht, bei zwei Dritteln oder mehr. Teilweise werden sogar Werte im Bereich von 80 Prozent erreicht. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine Unterscheidung nach Landkreisen. In vier der fünf Ostbrandenburger Regionen fordern mehr als zwei Drittel eine Beibehaltung der Öllieferungen. In der Uckermark, in der sich die Stadt Schwedt/Oder befindet, sagen dies mehr als drei Viertel der Unternehmen.

5) Die EU hat sich vor kurzem darauf geeinigt, dass Öl aus Russland grundsätzlich nicht mehr importiert werden darf. Eine Ausnahme bilden Öllieferungen, die über Fernleitungen wie die Druschba-Pipeline erfolgen. Einige Länder wie Ungarn und Tschechien haben bereits angekündigt, von dieser Ausnahme Gebrauch zu machen. Sollte Deutschland dies Ihrer Meinung nach ebenfalls tun?\*

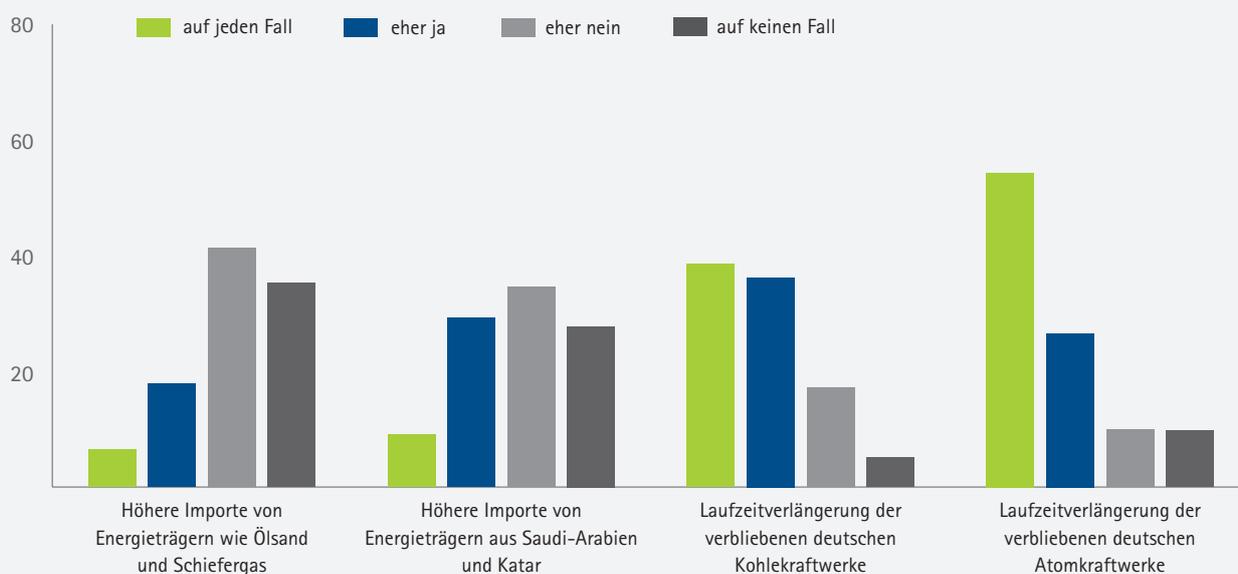


## GEWERBLICHE WIRTSCHAFT UNTERSTÜTZT LAUFZEITVERLÄNGERUNGEN FÜR ATOM- UND KOHLEKRAFTWERKE

Um die Energieversorgung sicherzustellen, werden in Deutschland derzeit Alternativen zu Energieträgern aus Russland diskutiert. Die gewerbliche Wirtschaft in Ostbrandenburg unterstützt dabei mehrheitlich eine Laufzeitverlängerung für die verbliebenen deutschen Kohle- und Atomkraftwerke. Die Zustimmungswerte (die Summe aus *auf jeden Fall* und *eher ja*) betragen bei den Kohlekraftwerken 74 Prozent, bei den Atomkraftwerken 80 Prozent.

Im Gegensatz dazu lehnt die Mehrheit der Unternehmen höhere Importe von Energieträgern wie Ölsand und Schiefergas oder aus Ländern wie Saudi-Arabien und Katar ab. Mit 76 Prozent sprechen sich die Betriebe insbesondere gegen den Import von Energieträgern wie Ölsand und Schiefergas aus. Die Einfuhr von Energieträgern aus Ländern wie Saudi-Arabien und Katar sehen dagegen 62 Prozent der Umfrageteilnehmer kritisch.

6) Vor dem Hintergrund der Wirtschaftssanktionen der EU gegenüber Russland wird in Deutschland derzeit darüber diskutiert, wie die Energieversorgung weiterhin sichergestellt werden kann. Sollten die folgenden Alternativen Ihrer Ansicht nach umgesetzt werden?\*

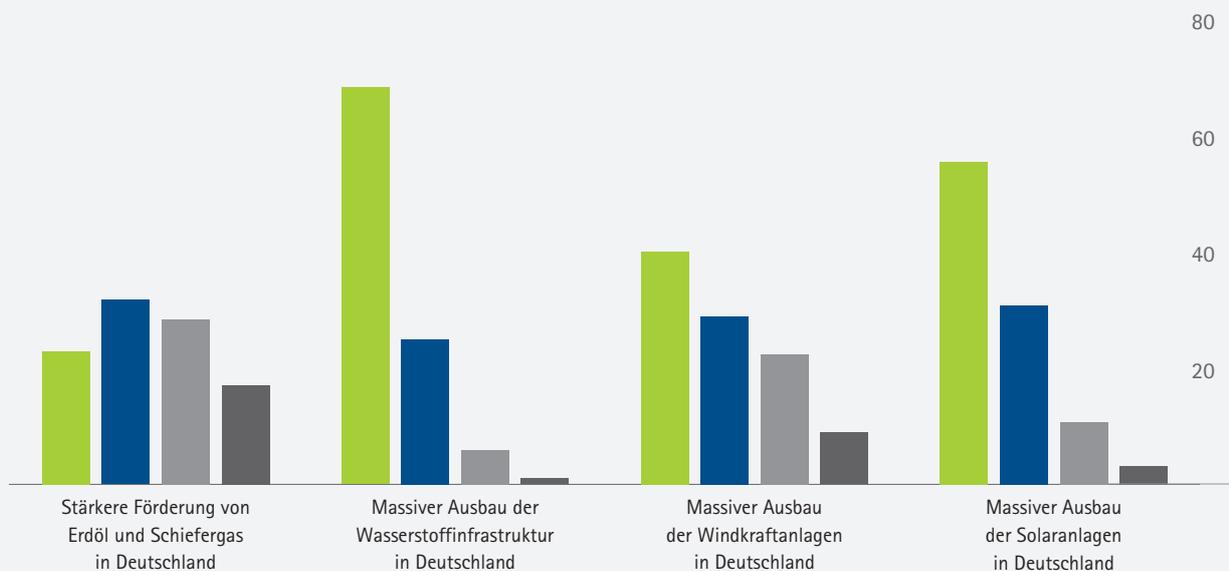


\*alle Angaben in Prozent

## GEWERBLICHE WIRTSCHAFT UNTERSTÜTZT AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

Aus Sicht der gewerblichen Wirtschaft in Ostbrandenburg gilt es, für einen ausgewogenen Energiemix zu sorgen. Dies zeigt sich neben den Laufzeitverlängerungen in ihrer Zustimmung zu den erneuerbaren Energien. So plädieren die Unternehmen vor allem für einen massiven Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur und der Solaranlagen in Deutschland. Die Zustimmungswerte liegen hier bei 93 Prozent und 86 Prozent. Selbst die Windkraft, deren Ausbau in Ostbrandenburg bereits weit fortgeschritten ist, sollte nach Ansicht von zwei Dritteln intensiver gefördert werden.

Eine stärkere Förderung von Erdöl und Schiefergas in Deutschland betrachtet dagegen nur eine geringe Mehrheit als sinnvoll. Rund 45 Prozent der Betriebe sehen diese Alternative eher skeptisch oder wollen auf jeden Fall auf sie verzichten. Hintergrund für diese Zurückhaltung dürften die bundesweit kontroversen Diskussionen um das Fracking sein, mit denen Schiefergas normalerweise gewonnen wird.



*\*alle Angaben in Prozent*

## 6. Zitate aus der Wirtschaft

Neben der hohen Rücklaufquote zeigt sich die Bedeutung des in der Umfrage untersuchten Themas in den offenen Antworten. In anderen Befragungen der IHK Ostbrandenburg bleiben Freitextfelder in den meisten Fällen unausgefüllt. Bei der Umfrage zu den Sanktionen gegenüber Russland hat jedoch mehr als jedes zweite Unternehmen die Möglichkeit zu Kommentaren genutzt. Hierbei ergaben sich thematische Obergruppen, die im Folgenden durch beispielhafte Zitate illustriert werden:

### DIE SANKTIONEN SCHADEN DEUTSCHLAND UND DER EU MEHR ALS RUSSLAND (188 ÄHNLICHE KOMMENTARE)

“ Die Wirtschaftssanktionen schaden den deutschen Bürgern und Unternehmen mehr als Russland. Bereits jetzt arbeitet mein Unternehmen nicht mehr wirtschaftlich. Russland scheinen die Sanktionen nur unwesentlich zu schaden.”

“ Die Sanktionen beenden den Krieg nicht! Die deutsche Wirtschaft, besonders die ostdeutsche, die traditionell viel stärker mit Russland verbunden ist, wird stark geschädigt. Viele Firmen werden in den Ruin getrieben.”

“ Die Sanktionen schaden der deutschen Wirtschaft mehr als Russland. Mit Waffenlieferungen und Sanktionen kann kein dauerhafter Frieden geschaffen werden.”

“ Diese Sanktionen sind wenig zielführend. Der eigene Schaden ist höher als der Schaden an Russland. Die EU und Deutschland bringen das russische Volk gegen sich auf und stärken somit die Pläne von Putin. Wir fahren unsere Volkswirtschaft mit Vollgas gegen den Baum. Wie lange können wir noch humanitäre Hilfe leisten, wenn wir uns selbst das Wasser abgraben?”

## DIE SANKTIONEN FÜHREN ZU ERHEBLICHEN PREISANSTIEGEN UND GEFÄHRDEN DIE VERSORGUNGSSICHERHEIT IN DEUTSCHLAND (49 ÄHNLICHE KOMMENTARE)

“Die Auswirkungen der Sanktionen sind eher gering für Russland. Dafür fügen die Auswirkungen dieser Sanktionen der deutschen Wirtschaft erheblichen Schaden zu und machen das Leben in unserem Land deutlich teurer.“

“Es besteht leider ein Verhältnis der Abhängigkeit von Gas und Öl für Deutschland und wir haben momentan noch keine echte Alternative!“

“Öl- und Gaslieferungen aus Russland waren immer zuverlässig und bezahlbar. Lieferungen aus anderen Quellen werden wir als Volk teurer bezahlen müssen.“

“Es gibt keine schnelle Lösung aus der Energiekrise, Deutschland ist auf Importe angewiesen.“

**DEUTSCHLAND MUSS DIE UKRAINE UNTERSTÜTZEN UND RUSSLAND DIE KONSEQUENZEN SEINES VÖLKERRECHTSWIDRIGEN ANGRIFFS SPÜREN LASSEN  
(36 ÄHNLICHE KOMMENTARE)**

**||** Russland muss mit allen Mitteln geschwächt werden, um der Expansionspolitik Einhalt zu gebieten. Wir haben mehr zu verlieren als unseren Wohlstand."

**||** Russland erschließt leider andere Märkte (z.B. China und Indien), darum muss der Druck erhöht werden und das russische Volk muss diese Sanktionen spüren. Russlands Regierung muss mehr Druck vom Volk bekommen."

**||** Das menschliche Wohl sollte über dem wirtschaftlichen stehen, auch wenn viele Bundesbürger leiden, ist das wohl wenig im Vergleich zur ukrainischen Bevölkerung."

**||** Die Wirtschaft in Deutschland ist auch schwer betroffen, dennoch sollte Herr Putin spüren, dass wir diesen Krieg entschieden verurteilen."

## EINE WEITERE ESKALATION DES KONFLIKTES MUSS VERMIEDEN UND EINE DIPLOMATISCHE LÖSUNG GEFUNDEN WERDEN (36 ÄHNLICHE KOMMENTARE)

“ Die Sanktionen treffen im Wesentlichen die Zivilbevölkerung Russlands – Der Krieg ist durch Diplomatie zu beenden.”

“ Die Sanktionen schaden hauptsächlich Deutschland und der EU. Nur durch Verhandlungen und Unterzeichnung von Sicherheitsabkommen kann der Krieg beendet werden.”

“ Weitere Eskalation verhindern, Weg für diplomatische Lösungen offen halten, Waffen schaffen keinen Frieden!”

“ Sanktionen treffen ausschließlich die eigene Wirtschaft. Sanktionen verschärfen den Konflikt. Verhandlungen sind [gegenüber] Sanktionen daher generell zu bevorzugen.”

Abgesehen von den Kommentaren zu den Sanktionen wurden in den Freitextfeldern zahlreiche Vorschläge für eine sichere Energieversorgung in Deutschland gemacht. Hierzu gehörten beispielsweise die Förderung der Bioenergie und der Erdwärme sowie eine Reduzierung des Energieverbrauchs durch effizientere Konsumgüter. Darüber hinaus wurden ein schnellerer Netzausbau, der Bau von Speichersystemen und die Verringerung bürokratischer Hürden angemahnt.

## 7. Forderungen an die Politik

Das Ergebnis der Befragung zeigt einen ganz überwiegend kritischen Blick der Unternehmen auf die aktuelle Sanktionspolitik. Im Mittelpunkt der Kritik steht dabei die Einschätzung der Wirtschaft, dass die Sanktionen gegen Russland nicht geeignet sind, den Krieg in der Ukraine zu beenden, sondern vielmehr die deutsche und europäische Wirtschaft stärken treffen als die Wirtschaft Russlands. Ein Großteil der Befragten sieht die Sanktionen auch deshalb kritisch, weil Deutschland auf Rohstoffimporte angewiesen ist und bleiben wird.

Bei aller Unterstützung zum Ausbau erneuerbarer Energien, bremsen die gegenwärtigen Planungs- und Genehmigungsverfahren einen zügigen Ausbau von diesen Anlagen und Übertragungsnetzen. Hier gilt es, die realisierbaren Potenziale des Ausbaus mit der Geschwindigkeit des Verzichts auf (russische) Öl- und Gasimporte in Einklang zu bringen. Andernfalls werden aufgrund der Knappheit und der weiter steigenden Energie- und Rohstoffpreise massive Verwerfungen in der Wirtschaft auftreten.

Aus diesen Gründen muss die Bundesregierung die derzeitige Sanktionspolitik überdenken. Insbesondere die über die EU-Sanktionen hinausgehende unverhältnismäßige Absicht auf Öl- und Gaslieferungen per Pipeline aus Russland zu verzichten, führt zu einer unnötigen Verknappung und Verteuerung dieser Energieträger. Diese Preissteigerungen können von den Unternehmen nicht in voller Höhe an die Kunden weitergegeben werden und führen darüber hinaus zu einer Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit sowie dem Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand. Dies trifft besonders die Region Ostbrandenburg. So sind Städte wie Schwedt/Oder und Eisenhüttenstadt durch strukturbestimmende Unternehmen wie die PCK Raffinerie in Schwedt/Oder und ArcelorMittal in Eisenhüttenstadt von den auftretenden Verwerfungen besonders betroffen.

Sollte die Politik dennoch die aktuelle Ausgestaltung der Sanktionen beibehalten, ist sicherzustellen, dass die besonders betroffenen Unternehmen und Regionen entschädigt werden und unbillige Härten (wie

höhere Kraftstoffpreise durch weitere Lieferwege von den Raffinerien) aufgefangen werden.

Die Bundesregierung muss die aktuelle Situation als Anlass nutzen, um Deutschland langfristig hinsichtlich unverzichtbarer Ressourcen und Rohstoffe aus dem Ausland strategisch sicherer aufzustellen. Nur so kann die deutsche Wirtschaft auch bei künftigen Konflikten handlungsfähig bleiben.

Aus Sicht der Unternehmen müssen die diplomatischen Anstrengungen verstärkt werden, um den Krieg in der Ukraine und andere Konflikte zu lösen. Nur das hilft, Lieferketten zu sichern, Preis- und Versorgungssicherheit zu gewährleisten und eine gedeihliche Entwicklung zu fördern. Wenn Deutschland wirtschaftlich geschwächt wird, dann besteht auch kein Potenzial andere Staaten der EU oder die Ukraine zu unterstützen.

Neben dem politischen Bekenntnis zum Ausbau der erneuerbaren Energien gilt es, die rechtlichen Rahmenbedingungen umzugestalten, um den beschleunigten Ausbau der Anlagen und Übertragungsnetze zu ermöglichen. Hier sei nur an den Ausbau der Uckermarkleitung erinnert, der bereits seit mehr als 16 Jahren geplant und bis heute nicht vollendet ist.

Darüber hinaus sollte die Laufzeit der verbliebenen deutschen Atom-, Stein- und Braunkohlekraftwerke verlängert werden.

Gestärkt werden müssen außerdem die Anreize zur Eigenstromversorgung hinsichtlich der Vergütung. Mit Blick auf Kleinanlagen sind einheitliche und klare Regeln erforderlich, damit der Aufwand für Unternehmen und Private überschaubar bleibt.

Flexibel und unbürokratisch muss hinsichtlich der Behörden auch der Wechsel der Energieträger bei Unternehmen gehandhabt werden. Sind (Alt-)Anlagen vorhanden, die den Umstieg von Gas auf Öl erlauben, sollte auf ein neues Genehmigungsverfahren verzichtet werden und die (Wieder-)Inbetriebnahme kurzfristig ermöglicht werden.



## Impressum

### Herausgeber:

© Industrie- und Handelskammer Ostbrandenburg

Puschkinstraße 12 b

15236 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335 5621-0

Fax: 0335 5621-1196

E-Mail: [info@ihk-ostbrandenburg.de](mailto:info@ihk-ostbrandenburg.de)

### Redaktion:

Robert Radzimanowski

Tel.: 0335 5621-1320

E-Mail: [radzimanowski@ihk-ostbrandenburg.de](mailto:radzimanowski@ihk-ostbrandenburg.de)

Simon Claus

Tel.: 0335 5621-1325

E-Mail: [claus@ihk-ostbrandenburg.de](mailto:claus@ihk-ostbrandenburg.de)

### Lektorat:

Heike Bölke

### Layout und Satz:

Jana Gerlach

### Titelfotos:

NewAfrica | [depositphotos.com](https://depositphotos.com)

WDGPhoto | [depositphotos.com](https://depositphotos.com)

Stand: August 2022

[www.ihk-ostbrandenburg.de](http://www.ihk-ostbrandenburg.de)



Es wird darauf hingewiesen, dass alle Teile dieser Broschüre urheberrechtlich geschützt sind und eine Weitergabe bzw. auszugsweises Kopieren nur mit Genehmigung der Industrie- und Handelskammer Ostbrandenburg erfolgen darf.